



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN THAILAND

BANGKOK, den 12. Juli 1968
North Wireless Road
P. O. Box 821
Tel. 58002/4

Ref.: 381.1. - HO/es

Herrn Bundespräsident W. S p ü h l e r
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements

3003 B e r n

POLITISCHER BERICHT NR. 7

Thailand unter der neuen
Verfassung.

an						a/a
Datum						pc
Visa						
EPD		2. AUG. 1968				
Ref. p. A. 21. 31.		Bangkok				

Herr Bundespräsident,

1) Test der neuen Verfassung

Mit asiatischem Ritual hat der König von Thailand am 20. Juni die ihm von den gegenwärtigen Machthabern unterbreitete Verfassung in Kraft gesetzt. Die Volksfreude sicherte man sich, indem dieses Datum gleichzeitig zum arbeitsfreien Feiertag erklärt wurde. Die Zeremonienregie operierte mit Böllerschüssen, Fanfarenstössen, Einläuten einer Verfassungsglocke usw. Dem Grossteil der Bevölkerung genügte das.

Ein paar besonders Neugierige wollten aber nachträglich auch prüfen, wie es mit der praktischen Ausübung ihrer neuen, verfassungsmässigen Rechte stehe. Sie stiegen im Stil der Hydepark-Redner auf Seifenkisten, um ein paar Schaulustigen ihre Redefreiheit zu demonstrieren. Die Verhaftung folgte auf der Stelle. Hierauf formierte sich ein hauptsächlich aus Studenten zusammengesetzter, harmloser Demonstrationszug, der nach einigen geringfügigen Zwischenfällen (Proteste gegen die Intervention der Ordnungsmacht)

- 2 -

- nach Entgegennahme einer Petitionenliste durch die Polizei- aufgelöst werden konnte. Was übrig blieb war ein "konstitutioneller Katzenjammer".

Die Regierung rief der Oeffentlichkeit den Fortbestand des Kriegsrechts in Erinnerung. Letzteres war vom 1. Oktober 1958 bis zum 27. Januar 1959 in Form von 57 Erlassen proklamiert worden: es impliziert die Abschaffung der politischen Parteien, das Verbot von Versammlungen, an welchen sich mehr als fünf Personen beteiligen, die Auflösung der Gewerkschaften und die Möglichkeit, alle des Kommunismus Verdächtigen ohne zeitliche Limite in Haft zu halten.

Die Machthaber verfechten die These, dass die kriegsrechtlichen Erlasse mit der Zeit an die verfassungsrechtlichen Erfordernisse angepasst würden. Bis dahin blieben sie in Kraft. Mit formellen Parteigründungen müsse bis zum Erlass eines Parteigesetzes und mit allgemeinen Wahlen bis zur Inkraftsetzung eines Wahlgesetzes zugewartet werden.

Um die Studentendemonstration wurden in der hiesigen Presse rege Diskussionen ausgetragen. Von offizieller Seite verdächtigte man obskure Hintermänner einer aufwieglerischen Agitation, wobei sich die Studenten ahnungslos als Instrumente solcher Agenten hätten missbrauchen lassen. Man ermahnte die Studenten, sich für die res publica vermehrt mit ihren Köpfen einzusetzen und von illegalen Strassenauftritten abzusehen.

Andererseits interpretierten unvoreingenommene Beobachter den Studentenauftritt als harmlose Reaktion auf eine zehnjährige Niederhaltung jeder öffentlichen Meinungsmanifestation. Es wurde auch der Verdacht geäußert, der

- 3 -

Regierung könnte eine Häufung von Demonstrationen nur lieb sein, um auf Grund solcher Erfahrungen "gezwungen" zu werden, die 240 Tage nach Verfassungserlass fälligen allgemeinen Wahlen aufzuschieben.

Ex-Premierminister Seni Pramoj, eine führende Gestalt der Opposition, beschwor die Studenten, die notwendigen Grenzen bei der Ausübung ihrer Bürgerrechte zu sehen; angesichts des drohenden Abzuges der Amerikaner aus Asien sei eine Manifestation nationaler Kohärenz notwendig.

Die ganze Angelegenheit kann indessen meines Erachtens als Sturm im Wasserglas qualifiziert werden. Die Demonstration hatte ein kleines Ausmass gehabt und Versuche zur Wiederholung waren nicht angestellt worden. Hauptthema der Demonstranten bildeten nicht etwa die brennendsten Probleme Thailands (Verhältnis zu den USA, Stellungnahme zum Vietnamkrieg, Kampf gegen die Korruption usw.), sondern lediglich der Wunsch nach Rückgängigmachung einer kürzlich erfolgten Erhöhung der Bangkokener Bustarife. Dieses Sujet lieferte hier übrigens während Wochen den Katalysator für die öffentliche Diskussion.

2) Die Parteien

Offiziell darf sich bis zum Erlass des Parteigesetzes keine Partei konstituieren. Führende Oppositionspolitiker geben indessen bereits öffentliche Erklärungen ab und lassen erste Umriss ihrer Programmpunkte erkennen. Es werden keine revolutionären Töne angeschlagen. Man wohnt lediglich einer Wiederbelebung der 1958 verbotenen Parteien

- 4 -

bei. Die Kommunisten wurden von jeher als Staatsfeinde verfolgt.

Die wichtigste Oppositionsgruppe bilden bis jetzt die vormalig von Ex-Premierminister Khuang Abhaiwong geleiteten Demokraten (= Prachatipat-Partei). Nach dem Tode Khuangs übernahm dieses Jahr Seni Pramoj - der während des Krieges in der Widerstandsbewegung gegen die Japaner gekämpft hatte und nach Kriegsende kurz als Premierminister amtierte - die Parteileitung. Er gilt als flexibler Antikommunist mit neutralistischen Tendenzen. Seni hat sich bereits gegen die Entsendung eines thailändischen Truppenkontingents nach Vietnam ausgesprochen. Er nannte die Benützung Thailands für amerikanische Kriegsbasen äusserst gefährlich. Trotzdem kann er weder eines grundsätzlichen Antiamerikanismus noch linksliberaler Tendenzen verdächtigt werden. In innenpolitischen Belangen reitet Seni einen Kreuzzug gegen die Korruption. Er lehnt Verstaatlichungen wegen der nach seiner Ansicht zu grossen Bestechlichkeit von Regierungsmitgliedern und Staatsbeamten ab. Weiter wendet er sich gegen die Befassung von Militärs mit Politik und Staatsverwaltung. Diese (bisherige) Praxis gefährde den Patriotismus der Soldaten.

Hinsichtlich seiner Chancen für die Regierungsbildung nach einem Wahlsieg ist Seni selbst pessimistisch. Die nach der Verfassung von der jetzigen Regierung ausgearbeiteten Vorschläge für die Bildung des Senats schliessen wahrscheinlich aus, dass letzterer ihm jemals das Vertrauen aussprechen werde (Vgl. Ziffer 3).

Liang Chayakarn ist der Gründer und Leiter der Volkspartei (= Prachachon-Partei). Liang amtierte als Arbeitsminister in der Regierung des Demokraten Khuang.

- 5 -

Eine Allianz mit Senis Partei scheint somit nicht ausgeschlossen. Stammgebiet der Partei ist der Nordosten, wo die Abneigung gegen ein Engagement Thailands in Vietnam besonders stark sein soll.

Liang wurde als einer der Instigatoren der Studentendemonstration verdächtigt. Er selber erklärte sich indessen als Gegner solcher Manifestationen, da diese die Wahlen gefährden könnten. Recht wenig optimistisch tönen auch die Verlautbarungen Liangs. Er erklärte, dass er mit Parteiversammlungen zuwarten wolle, bis die Regierungspartei ihre konstitutive Sitzung abgehalten habe, damit er in der Folge keinen Mitgliederabsprung mehr riskiere. Er formiere seine Partei lediglich, um den Geist der Demokratie zu erhalten. Seine Politik gleiche derjenigen anderer Parteien mit einer Ausnahme: sie bleibe den Interessen des Volkes immer strikt untergeordnet.

Unter den übrigen kleineren Parteigruppen und Oppositionsführern, auf die hier nicht mehr näher einzugehen ist, befindet sich Thep Chotinuchit, der einerseits als Vizeminister im Phibun-Kabinett amtierte und andererseits schon verhaftet worden war, weil man ihn verdächtigte, Kommunist zu sein. Theps Anhänger sollen vorab Linksintellektuelle sein.

3) Partei und Politik der Regierung

Die gegenwärtigen Machthaber haben ihre eigene Partei gegründet und Premierminister Thanom Kittikachorn zum Leader erkoren. Die prominentesten Regierungsmitglieder sind im Führungsausschuss vertreten. Die Parteistrategen hatten es offenbar nicht für notwendig gehalten, die

Führerrolle einem Zivilisten (es war vorher vor allem von Wirtschaftsminister Pote Sarasin die Rede gewesen) anzuvertrauen. Man liess verlauten, dass die Kandidaten in der Armee, unter früheren Parlamentsmitgliedern und unter führenden Exponenten des öffentlichen Lebens in Thailand gesucht würden. Auch jüngere Leute mit entsprechender Ausbildung wolle man portieren. Vor allem will die Partei diesmal rechtzeitig und nicht erst nach dem Wahlsieg ihre Kader bereit stellen. Damit lasse sich das sogenannte "elephant round up-System" umgehen, das in der Abwerbung von Anhängern anderer Parteien vermittels Köderung mit Privilegien und Tantiemen bestand.

Im übrigen lässt sich in letzter Zeit eine wohl z.T. wahltaktisch bedingte, erhöhte Flexibilität der Regierung feststellen. Letztere liess z.B. durch ihre Sprecher verlauten, dass die unpopuläre Erhöhung der Bangkokker Bustarife möglicherweise rückgängig gemacht werde. Es wurden auch Gerüchte um eine Regierungsumbildung in Umlauf gesetzt, wobei der Verkehrsminister als schwarzes Schaf geopfert würde. Zuständige Stellen lassen des weiteren verlauten, dass die Regierung, für den Fall, dass ihre Partei die Bangkokker Stadtwahlen (die im September stattfinden) gewänne, einen Plan für die Lösung des Schweinefleischproblems ausgearbeitet habe. Das Problem besteht in einem ständigen Anstieg der Preise für Schweinefleisch und in der diesbezüglichen Verantwortlichkeit der Innenminister Prapat unterstehenden Monopolgesellschaft "Livestock Trading". Es mutet eigenartig an, dass die Regierung ihren Plan nicht in die Tat umsetzt, sondern lediglich als Wahlköder aushängt.

- 7 -

In der Aussenpolitik wird auf Kritiker weniger Rücksicht genommen. Die Genehmigung eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion - mit offiziellem Hinweis auf die günstige Entwicklung der thailändischen Beziehungen zur UdSSR - ist kaum wahltaktisch bedingt. Die beispielsweise von Seni Pramoj geforderte Distanzierung vom Vietnamkonflikt scheint nicht bevorzusstehen. Ein Abbau der amerikanischen Präsenz in Thailand wird nicht gefordert, sondern erlitten: im Laufe dieses Jahres soll das im Rahmen des US-Entwicklungshilfeprogramms in Thailand stationierte amerikanische Personal von 450 auf etwa 290 Mann reduziert werden. Hierüber wird von Thai-Seite offiziell nicht informiert. Die Regierung sucht bei jeder Gelegenheit den Verdacht, der einflussreichste Alliierte Thailands könnte unzuverlässig werden, zu zerstreuen.

Es ist wahrscheinlich, dass der Abbau der zivilen amerikanischen Effektiven einer Beschneidung der Dollarhilfe vorausgeht und einen Rückgang der amerikanischen Investitionsbereitschaft in Thailand zur Folge haben wird.

Vor einer Woche wurde die Liste der Senatoren bekannt, welche der amtierende Premierminister dem König zur Genehmigung vorgelegt hat. (Gemäss der neuen Verfassung wird der Senat auf diese Weise "regeneriert"). Unter den 120 Kandidaten befinden sich 85 Militärs, 9 hohe Polizeifunktionäre und 26 Zivilisten (zahlreiche Mitglieder der jetzigen Verwaltung). Deutlicher könnte die Regierung ihr immobiles Beharren auf dem Status quo nicht demonstrieren.

- 8 -

4) Aussichten

Meines Erachtens kann die Regierung relativ unbesorgt ihr neues Wahlgesetz erlassen (dieses sieht offenbar 206 Wahlkreise vor: 12 davon entfallen auf die Hauptstadt Bangkok) und die allgemeinen Wahlen für die Volkskammer (= Repräsentantenhaus) durchführen. Umwälzende Veränderungen der politischen Szene in Thailand sind davon kaum zu erwarten. Hauptanziehungskraft besitzen für die Wähler hier weniger abstrakte politische Programme und Parteiideale als vielmehr die Faktoren "Macht und Reichtum", die am ehesten zugunsten der amtierenden Regierung bzw. der von ihr gebildeten Partei spielen.

Die unter Parteiverbot stehenden Kommunisten verhielten sich bis dahin völlig ruhig. Man kann die Ansicht hören, dieses Stillesitzen sei mot d'ordre, damit man die Stärke der Kommunisten nicht einschätzen könne. Eine gut organisierte Zellenorganisation warte indessen auf den Tag X, um alsdann plötzlich in Aktion zu treten. Wahlen gewinnen können die Kommunisten indessen kaum - höchstens Unruhe stiften und die Staatsautorität ins Wanken bringen. Das würde wahrscheinlich zu einer Machtübernahme durch die Militärs (General Prapat) und zur Versteifung des bisherigen Regimes führen. Auch ein von bisher noch nicht zum Zuge gekommenen jüngeren Offizieren lancierter Staatsstreich wäre theoretisch denkbar.

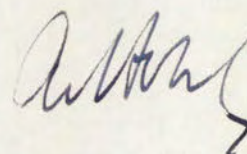
Am wahrscheinlichsten bleibt aber immer noch, dass die gegenwärtigen Machthaber Wahlen zu ihren Gunsten auszuwerten wissen und die neue Verfassung somit weitgehend

- 9 -

deklamatorischen Charakter behält, da weder Wahlen in demokratischem Geiste durchgeführt werden können, noch auf Regierungsseite eine Bereitschaft besteht, vom Einfrieren gewisser politischer Rechte und Freiheiten durch Kriegerrecht völlig abzusehen.

Ich versichere Sie, Herr Bundespräsident, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.:



D



Z

100